

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

LÜBKE

Kamelle, Kamelle

Vertrauen und Herzlichkeit werden nicht dann getrübt, wenn man unangenehme Fragen offen ausspricht und diskutiert — wohl aber, wenn man ihnen allzu vorsichtig aus dem Wege geht.

Heinrich Lübke 1961

Heinrich Lübke ließ sich die Kravatte zurechtrücken, blätterte in seinem Manuskript und gestand den Umstehenden, daß er „sehr unglücklich darüber“ sei.

Während die Scheinwerfer und die Filmkameras des ARD-Fernsehens auf ihn eingestellt wurden, nippte das Bonner Staatsoberhaupt abwechselnd an einem Sektglas und einer Kaffeetasse, genehmigte sich sogar eine Zigarette und ließ das Aufnahmeteam wissen, daß die Erklärung in eigener Sache, die er nun für das deutsche Fernsehvolk verlesen werde, ihn gar nicht befriedige.

Denn eine Verteidigungsrede, die Heinrich Lübke für sich selber ausgedacht und mit Hilfe seiner vertrauten Berater aufgesetzt hatte, war ihm von der Regierung der Großen Koalition um die Hälfte — von fünf auf zweieinhalb DIN-A4-Seiten — zusammenredigiert worden.

Was übrig blieb und was der Bundespräsident am Freitagmittag letzter Woche in seinem Bonner Arbeitszimmer, ungeschminkt und ohne die sonst üblichen Versprecher, auf Film festhalten ließ, damit es am Abend des gleichen Tages über die Bildschirmflimmere — das hätte als Selbstverteidigung Heinrich Lübkes gegen politisch gezielte Enthüllungen vor drei oder vier Jahren vielleicht noch Wirkung getan.

Am Ende der vergangenen Woche aber wirkte es eher wie der mißglückte Versuch eines rücktrittsreifen Amtsinhabers, in sechs Minuten der Republik eine Geschichte zu erzählen, wie man trotz allem Präsident bleibt.

„Ich wende mich an Sie persönlich, weil ich es für meine Pflicht halte, das Amt des Bundespräsidenten zu verteidigen, und weil ich der Auffas-

sung bin, daß man eine einmal übertragene Aufgabe erfüllen muß.“

Die Regierung aus Christ- und Sozialdemokraten, die Lübkes Rede redigiert hatte, steuerte im Anschluß an die Präsidentenerklärung zehn Zeilen zur Zeitgeschichte bei.

Wortkarg deckten die Parteien den Mann, den sie zum Bundespräsidenten gewählt hatten — gewählt nicht aus Staatsräson, sondern aus parteipolitischem Kalkül und weil sie nicht von der lieben Gewohnheit lassen

despräsident“, so verkündete es der Pressedienst der Regierungspartei CDU, „darf sich nicht provozieren lassen.“

Dabei gab es allein in den letzten vier Wochen mindestens zwei Anlässe, die den Bundespräsidenten zu einer strafrechtlichen Reaktion hätten provozieren müssen:

▷ Am 6. Februar versahen Studenten den Namenszug Lübkes im Goldenen Buch der Bonner Universität, deren Ehrensator der Bundes-



Bundespräsident Lübke, Ehefrau: „Ich schlafe kaum noch“

mochten, ihr eigenes Interesse mit dem des Staates zu verwechseln.

Ohne Überzeugung, aber voller Entschlossenheit blieben die Parteien und ihr Bundespräsident bei der Methode, die in den letzten Jahren die Diskussion um Heinrich Lübkes „Tätigkeit im Dritten Reich“ erst zum Skandal gemacht hat: so zu tun, als gäbe es gar nichts zu diskutieren.

Und die Würde des Amtes, die sie damit ramponiert haben, diene ihnen nun als Vorwand, den Amtsinhaber auch weiterhin einzunebeln. „Der Bun-

präsident ist, mit dem Zusatz „KZ-Baumeister“. Angeregt dazu hatte sie ein in der Illustrierten „Stern“ veröffentlichtes Gutachten des amerikanischen Schriftsachverständigen J. Howard Haring, der die Echtheit von Lübkes Namenszug auf den in Ost-Berlin vorgelegten Bauplänen für KZ-Baracken attestiert hatte — im Widerspruch zur Bundesregierung.

▷ Am 26. Februar erschien der „Stern“ mit einem Leitartikel seines Chefredakteurs Henri Nannen, in dem der kampflustige Auflagen-Mana-

Rudolf Augstein

VERDRÄNGUNGEN

Mit ungläubigem Staunen nur kann man die Vermittlerrolle betrachten, die Bundesinnenminister Lücke zwischen dem störrischen Bundespräsidenten und jenem Teil der CDU/CSU übernommen hat, der Lübke vorzeitig abgelöst wissen will. Wie? Lücke, der das ihm privat befreundete Staatsoberhaupt erst in die ausweglose Situation hincingeritten hat? Lücke, der das famose Gutachten des Bundeskriminalamtes auf dem Kerbholz hat, jenes Gutachten, in dem Lübke bescheinigt wird, er habe all die schrecklichen Dinge gewiß nicht getan, die der Osten da zusammengefälscht habe?

Die SPD, taktisch wie immer seit 1960, und, wie gewohnt, scheeläugig gegen das Gemeinwohl, betrachtet den traurigen Exitus des Staatsoberhauptes als eine Sache der CDU. Wehleidig zeigt sie ihren Ebert vor, dessen Fall doch nur darin dem heutigen gleicht, daß politische Vorwürfe nicht politisch beantwortet worden sind. Wen kümmert es noch, daß Deutschland lächerlich wird und das Regierungssystem zum Gespött?

Da beschuldigt ausgerechnet diese Bundesregierung, deren Bundesinnenminister das unglaubliche „Gefälscht“-Gutachten zu verantworten hat, einen amerikanischen Schriftsachverständigen mangelnder Eignung, obwohl der nur festgestellt hat, was alle mittlerweile wissen und was sogar schon die „Welt“ weiß: Die Bauzeichnungen sind nicht gefälscht, sie tragen Lübkes Unterschrift. Soll denn der Blamage kein Ende sein? Da berichtet die „Süddeutsche Zeitung“ ohne Arg, innerhalb der CDU/CSU werde Lübke sogar ein „Verdrängungskomplex“ zugute gehalten. Ja, das glaubt man nur zu gern, aus solchen Verdrängungskomplexen besteht die Politik der beiden christlichen Parteien. Offiziell empfiehlt der CDU-Dienst DUD dem Präsidenten, jetzt nicht „krank“ zu werden, und gleichzeitig berät man in beliebig vielen Zirkeln, welches der rechte Zeitpunkt für solch eine „Krankheit“ sei: Weihnachten etwa.

Als „Widerstandskämpfer“ muß Lübke nun sogar paradien; er, der während der ganzen Nazizeit wie Millionen Volksgenossen nichts anderes im Sinn hatte, als gut durch den Winter zu kommen. Ist das ein Verbrechen? Gewiß nicht. Aber gesagt werden muß, daß er nicht Bundespräsident hätte werden können, wenn die von Lücke ursprünglich als gefälscht bezeichneten Dokumente 1959 schon vorgelegen hätten.

Ebensowenig wäre er Präsident geworden, wenn die Ermittlungsakten aus den Jahren 1933/34 damals bekannt gewesen wären. Es kann leicht sein, daß der frühere Fall politisch eingefärbt war; einen SA-Führer hätte man aus den Lüb-

ke zur Last gelegten Gründen schwerlich eingesperrt. Aber ebenso ist offenkundig, daß jene Vorgänge die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen berechtigten. Die Ermittlungen waren vielleicht etwas weniger unberechtigt als, sagen wir, die der SPIEGEL-Affäre. Allein dadurch, daß man während der Nazizeit in Untersuchungshaft gesessen hat, wird man noch kein Widerstandskämpfer. Unehrenhaftes Verhalten muß dabei nicht im Spiel gewesen sein.

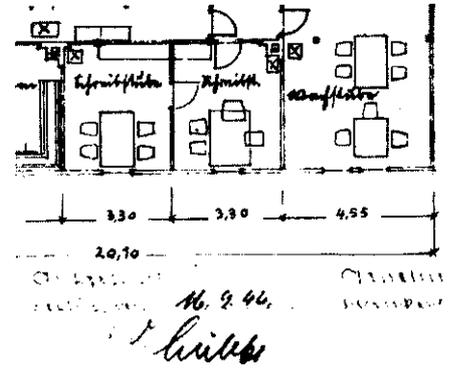
Schaurig wird die Sache erst, wenn der Innenminister Schriftstücke als gefälscht ausweist, deren Echtheit durch eine Gewissenerforschung beim Präsidenten leicht hätte festgestellt werden können.

Daß in der Bundesrepublik kein die Regierung tragender Mann unmöglich werden kann, wir erleben es zum drittenmal. Nur eben, solcherart wird der Staat unmöglich. Beamte, Richter und Offiziere mißt man nach strengem Disziplinarrecht; sie werden wegen gravierender Fehler in die freie Wirtschaft entlassen. Nicht so die ihnen vorgesetzten Politiker.

Daß Heinrich Lübke, dessen Eignung ihn nicht gerade in die erste Reihe der Bewerber stellte, überhaupt Präsident wurde, verdankt er jenem kläglichen Spiel mit dieser bedeutsamen Institution, das dem alten Adenauer durchgelassen zu haben das wohl folgenschwerste Versagen einer politischen Partei seit 1945 darstellt.

Der Chef einer Diktatur kann nicht unmöglich werden, aber in der Demokratie gibt es keinen noch so prominenten Politiker, der nicht abtreten müßte, wenn er sich durch sein Verhalten unmöglich gemacht hat. Was wäre denn der Bundesrepublik für ein Schaden erwachsen, wenn Strauß seinerzeit nach seinem Zwangsrücktritt nicht zum stellvertretenden Vorsitzenden der christlichen Fraktion im Bundestag und nicht erneut zum Parteivorsitzenden der CSU gewählt worden wäre? Die Bundesrepublik hätte einen fähigen Politiker weniger, und zwar einen, dessen Wirksamkeit aus dem Rahmen der Routine nicht mehr hervorsticht, es sei denn, er rüpele gegen Studenten. War das den Preis wert, die Verantwortlichkeit der Staatsdiener unterhalb der Ministerebene anzusiedeln?

Welch ein Aufatmen, welch ein gelungener Coup, welch ein Durchbruch, wenn Paul Lücke, der ja nun zweifellos nicht unentbehrlicher ist als Strauß, seine hintertürkische Tapsigkeit im Fall Lübke mit einem tapferen Rücktritt gutgemacht hätte. Er allein hatte es in der Hand, seinen Freund und Präsidenten demonstrativ aus der Schußlinie zu nehmen. Aber das war wohl zuviel verlangt.



KZ-Bauplan mit Lübke-Namenszug
„Leidige Sache“

ger den Bundespräsidenten „kleinkariert“ und eine „bedauernswerte Figur“ nannte und ihm vorwarf, daß er sein Amt auf die Verleumdung aufgebaut habe, „andere hätten seine Papiere gefälscht“.

Überdies beschuldigte Nannen Lübke des Amtsmissbrauchs: In amtlichen Archivalien seien Angaben über das wahre Geburtsdatum seiner um wenigstens sieben Jahre älteren Ehefrau zu Wilhelmine Lübkes Gunsten verändert worden.

Aber auch gegen diesen Vorwurf verteidigte sich der Bundespräsident vergangene Woche nur im kleinen Kreise der Regierenden: Tatsächlich habe seine Frau vor Jahren einmal versucht, ihr wahres Alter zu verschleiern, weil es schlecht aussehe, wenn der Bundespräsident eine soviel ältere Frau habe; doch habe er selber es unternommen, sie an solcher Akten-Kosmetik zu hindern.

Niemand aber erhob von Amts wegen Anklage gegen Henri Nannen — ausgenommen die Regierungssprecher und der Deutschland-Union-Dienst



„Stern“-Chefredakteur Nannen
„Bedauernswerte Figur“

der CDU, der Nannen einen „FDP-Mann“ nannte und ihn bezichtigte, er wolle zusammen mit der SPD „die Weichen für die nächste Koalition stellen“.

Und wie zufällig ergab es sich, daß dem „Stern“ just am Erscheinungstag von Nannens Leitartikel, am Montag, dem 26. Februar, um 11.30 Uhr die Entscheidung zugestellt wurde, das Blatt sei auf Antrag des Familienministeriums unter dem CDU-Generalsekretär Bruno Heck durch Vorläufige Anordnung als jugendgefährdend auf den Index gesetzt worden (siehe Seite 74).

Der attackierte Lübke hingegen bekannte im Kreise seiner Vertrauten, daß ihm mit derlei Heck-Schützenhilfe kaum gedient sei. Bereits seit den Studenten-Angriffen im Februar wünschte der Bundespräsident eine öffentliche Ehrenerklärung abzugeben.

Denn Lübke fühlte sich bedrängt, aber unschuldig: „Ich schlafe kaum noch, aber ich kann mich beim besten Willen an diese Unterschriften nicht erinnern.“

Von seinen Beratern daran gemahnt, daß die gewünschte Ehrenerklärung nach Artikel 58 des Grundgesetzes der Gegenzeichnung durch den Bundeskanzler bedürfe, ließ Lübke am Freitag vorletzter Woche um den Besuch des Bundeskanzlers bitten. Kurt Georg Kiesinger sagte sich für Rosenmontag um 13 Uhr in Lübkes Privatwohnung auf dem Venusberg an.

Seinem Freund und Minister Franz-Josef Strauß klagte der Kanzler später: „Jetzt muß ich mich tatsächlich doch noch mit dieser leidigen Sache befassen.“

In der Tat: So weit war die Lübke-Krise gediehen, daß sich der Kanzler Kiesinger um des Staatswohls und der Parteichef Kiesinger um des Renommées seiner CDU willen des Falles annehmen mußte.

Der 1959 von der CDU präsentierte Christdemokrat Heinrich Lübke hat Deutschland und die Welt vom ersten Jahre seiner Bundespräsidentschaft an durch Wunderlichkeiten, Fehlleistungen und Rechthaberei zuerst verblüfft, dann belustigt und schließlich verärgert. Kritik und Spott richteten sich auf

▷ Lübkes Versuche, sich Kompetenzen anzumaßen, die ihm nach der Verfassung nicht zustehen (Eismischung in die Koalitionsbildung 1965, Ordensverleihung und Beamtenbeförderung nach eigenem Gutdünken);

▷ Lübkes Auftreten als höchster Repräsentant der Bundesrepublik auf Staatsempfängen im In- und Ausland (Verwechslung hochgestellter Persönlichkeiten);

▷ Lübkes Schwierigkeiten bei öffentlichen Ansprachen.

Doch aus Kritik und Spott wurden Argwohn und Anklage, als die DDR-Propaganda 1964, nach fünf Lübke-

Felix Rexhausen

WORTE DES HEIMLICHEN VATERS

Zu den Angriffen auf das deutsche Staatsoberhaupt ist in Bonn letzte Woche von Bundespräsident Heinrich Lübke selbst und führenden Politikern der Großen Koalition öffentlich Stellung genommen worden. Der SPIEGEL veröffentlicht einige Kernsätze:

DR. HEINRICH LÜBKE, Bundespräsident:

Nichts ist falscher, als annehmen zu wollen, daß meine Gemütsverfassung irgendwie darunter gelitten hat. Ich bin genau derselbe, der ich vorher war. Ich stehe in Gottes Hand und werde mich durch solche Vorfälle persönlich niemals in dem Wege beirren lassen, den zu beschreiten ich als meine Pflicht

Vaterlandes im Auge gehabt hat, hat man an seiner Ehre angegriffen! (2)

KURT GEORG KIESINGER, Bundeskanzler:

Blicken wir um uns her, wie hat seit einigen Jahren die Welt ihr Antlitz verändert. Dadurch sind die Aufgaben für uns Deutsche in mächtigem Umfange gewachsen und erheischen ungewöhnliche und schwere Anstrengungen. Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen. Es muß seinen alten Erbfehler eindämmen, alles zum Gegenstand ungezügelter Kritik zu machen, und es muß vor den Grenzen haltmachen, die ihm seine eigenen vitalsten Interessen ziehen. (3)

PAUL LÜCKE, Bundesinnenminister:

Wir müssen vorwärtstreben, wir müssen arbeiten und im Innern kämpfen. Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land; gehüllt in schillernd verführerisches Gewand, versucht er die Gemüter zu verwirren; eines Ozeans von Druckerschwärze und Papier bedient er sich. (4)

HERBERT WEHNER, Gesamtdeutscher Minister:

Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem herumzumäkeln. Unter den wichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Dasein und am Leben und Gedeihen unseres deutschen Vaterlandes vergällt. Aus diesem Nörgeln und dieser Verhetzung entsteht schließlich der Gedanke bei manchen Leuten, als sei unser Land das unglücklichste und schlechtest regierte in der Welt und sei es eine Qual, in demselben zu leben. Daß dem nicht so ist, wissen wir alle selbstverständlich besser. Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unsern elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen? Ihnen wäre ja dann geholfen, und uns täten sie einen großen Gefallen damit. (5)

ANMERKUNG: Alle diese Sätze, die ihnen so gänzlich aus der Seele gesprochen sind, wurden von den Bonner Herren nicht in ganz derselben Formulierung geäußert — vermutlich aus Unkenntnis. Sie stammen so vielmehr wörtlich aus dem Munde des heimlichen Vaters der Bundesrepublik, des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. — siehe „Reden des Kaisers“, dtv 354: (1) Wilhelm II. 1901 in Berlin; (2) 1902 in Essen; (3) 1899 in Hamburg; (4) 1891 in Berlin; (5) 1892 in Berlin.



Bonns Ghostwriter W.
„So niederträchtig und gemein“

anerkannt habe. Ich komme auf meinen Reisen mit allen Kreisen der Bevölkerung zusammen und weiß daher sehr gut, was man im Volke über mich spricht und denkt. Aber wer da etwa glaubt, daß ich mich durch solche Vorfälle einschüchtern lassen werde, der wird sich sehr irren, es bleibt alles beim alten. (1)

DR. EUGEN GERSTENMAIER, Bundestagspräsident:

Eine Tat ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie alle Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröte auf die Wangen treiben mußte über die unsern ganzen Volke angetane Schmach. Einen kerndeutschen Mann, der stets nur für andere gelebt, der stets nur das Wohl des

Präsidentenjahre, Beweise dafür anbot, daß der heutige Bundespräsident

- ▷ in den Jahren 1934 und 1935 nicht als NS-Verfolgter, sondern unter dem Verdacht der Untreue und Unterschlagung im Gefängnis gesessen habe;
- ▷ in leitender Stellung unter Hitlers Generalbauinspektor Speer am Aufbau der Raketen-Versuchsanlagen Peenemünde einschließlich des dazugehörigen Zwangsarbeitslagers Karlshagen beteiligt gewesen sei;
- ▷ in den Kriegsjahren den Bau von Konzentrationslagern bei Bernburg und Magdeburg geleitet und dabei selbst Bau- und Lageskizzen unterschrieben habe.

Seither fand Heinrich Lübke sich in der Defensive. Statt sich den Vorwürfen aus dem Osten zu stellen, schwieg er. Unterdessen mühte sich das Bundeskriminalamt, die Anschuldigungen mittels kriminologischer Gutachten zu entkräften und Lübke-Signaturen auf KZ-Bauplänen, die Ost-Berlin in Photokopien vorgelegt hatte, als Fälschungen hinzustellen.

Paul Lübke, der letzte Getreue aus Lübkes einstigem Stammtischkreis, ihn im Juni 1967 zum üblichen Gedankenaustausch aufsuchte, empfing ihn Gastgeber Lübke gleich mit einem Präventivschlag: „Über meinen Rücktritt brauchen wir gar nicht erst zu reden. Ich fühle mich verpflichtet, bis zum letzten Tag im Amt zu bleiben.“

Mit Fug konnte deshalb Lübke in der letzten Woche Behauptungen des „Stern“-Chefs Nannen kontern: „Ich habe niemals, weder mit noch ohne Auftrag des Kabinetts, dem Bundespräsidenten vorzeitigen Rücktritt empfohlen.“

Von Rücktritt war denn auch nicht die Rede, als Kanzler Kiesinger am Rosenmontag den angekündigten Besuch in Lübkes Haus, Haager Weg 69, machte.

Während das Volk der bundesdeutschen Hauptstadt auf Markt und Gassen am Rhein den Narrenzug bejubelte und „Kamelle, Kamelle“ rief, saßen Präsident und Kanzler zu zweit allein im Lübke-Salon.

Der Bundespräsident war nachdenklich gestimmt. Eigentlich — so Lübke

Doch der Bundespräsident — eigensinnig wie immer — beharrte darauf, Aug in Aug mit seinen deutschen Landsleuten zu stehen. Kiesinger gab nach. Nur eines ließ er sich nicht abhandeln: Lübke müsse wegen der politischen Bedeutung der Angelegenheit den Text der beabsichtigten Fernsehrede vorher dem Kabinett einreichen.

Lübkes Rede-Entwurf erreichte das Kabinett — auf Umwegen über Innenministerium, Kanzleramt, Presseamt und wiederum Präsidialamt — am Aschermittwoch.

Um zwölf Uhr mittags, nach Abwicklung der politischen Routinegeschäfte im Palais Schaumburg, komplimentierte Kanzler Kiesinger das Kabinettsgefolge hinaus: „Wenn wir jetzt mit Textkritik an den Ausarbeitungen des Herrn Bundespräsidenten beginnen, dann bleiben wohl besser die Minister unter sich.“ Nur Kanzler-Staatssekretär Carstens und Präsidial-Staatssekretär Berger durften am Ministertisch bleiben.

Über die Essenszeit bis halb drei übten sich die Bundesregierer als Lübke-Exegeten. Chefdichter Kurt Georg Kiesinger las Heinrich Lübkes



Aus „Stern“

Die CDU-Führung hingegen begann insgeheim darüber nachzudenken, wie Heinrich Lübke ohne Gesichtsverlust zu vorzeitigem Rücktritt bewogen werden könne.

Der innere Zirkel der CDU, geschart um den als Lübke-Nachfolger ambitionierten Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier in seinem Hunsrück-Jagdschloßchen Vierherrenwald, heckte bereits im vergangenen Jahr ein taktisches Planspiel aus: Da Lübke sich ohnehin demnächst einer Leistenbruch-Operation unterziehen müsse, könne dies Gelegenheit zu einem vorzeitigen Rücktritt bieten, dem kein Makel anhaften würde.

Nach diesem Zeitplan hätte Lübke sich gegen Jahresende 1968 ins Krankenhaus und anschließend in Sanatoriumspflege begeben sollen. Nächster Schritt: Abdankung aus Gesundheitsgründen und damit Vorverlegung der Bundespräsidentenwahl auf Anfang 1969 — die sonst, Mitte nächsten Jahres, in den Bundestagswahlkampf fällt.

Der mißtrauische Sauerländer Lübke, durch seinen allgegenwärtigen Kontaktmann Staatssekretär Hans Berger vorgewarnt, zerriß das feingesponnene Netz. Als Innenminister

— habe er sich 1964 überhaupt nicht zur Wiederwahl stellen wollen, weil das Amt doch so viele Strapazen mit sich bringe. Dann aber sei er von allen, sogar von den Sozialdemokraten, gedrängt und schließlich gewählt worden.

Wohl sei er sich seit geraumer Zeit darüber im klaren, daß es mit der Gesundheit nicht mehr zum besten stehe. Und deshalb habe er gelegentlich durchaus den Gedanken erwogen, mit dieser Begründung dem Amt zu entsagen.

Aber dann wurde Lübke ärgerlich: „Unter dem Druck der Angriffe von Kommunisten und Illustrierten“ sei für ihn ein solcher Schritt nicht mehr zumutbar, weil das nach einem Schuldgeständnis aussehen und der Autorität des Staates schaden würde. „Außerdem wäre es eine Kapitulation vor den Kommunisten.“

In diesem Punkt gab Kiesinger dem Hausherrn recht. Aber Lübkes Idee, auf dem Fernsehschirm vor deutsche Volk zu treten, fand der Kanzler — von schlimmen Erinnerungen geplagt — zuerst gar nicht gut.

Werk vor: fünf Seiten Entwurf für die Fernsehrede nebst Anschreiben an das Kabinett.

In seinem Begleitbrief fragte Lübke an, ob Kiesingers Regierung bei der Meinung des Vorgänger-Kabinetts Erhard vom 29. September 1966 bleibe, wonach es „unter der Würde des Staatsoberhauptes ist, sich mit Verdächtigungen auseinanderzusetzen, die aus derartiger Quelle stammen“.

Kiesingers Schwarz-Rote befanden wie weiland Erhards Liberale: Der Bundespräsident solle ja nicht zum Kadi laufen, denn ein Prozeß werde sich jahrelang hinziehen, abträgliche Diskussionen in Gang halten und „Stern“-Nannen Woche für Woche Gelegenheit zu einer Kolumne verschaffen.

Lübkes Elaborat strichen die vom Kabinett als Redaktoren bestellten und mit Sprachregelung versehenen Staatssekretäre Berger und Carstens um die Hälfte zusammen.

Paul Lübke fiel derweil die Aufgabe zu, den Präsidenten über die Beratungen des Kabinetts und über die zehnzeilige Beistandserklärung der Bundesregierung zu unterrichten, die tags darauf von den Ministern ohne weitere

Sitzung im Umlaufverfahren genehmigt werden sollte.

Wieder daheim im Chefzimmer des Innenministeriums an der Rheindorfer Straße, rettete sich Lübke-Freund Lücke in Galgenhumor. Er gab persönlich erlebte Lübke-Anekdoten zum besten. In der häuslichen Idylle habe Frau Wilhelmine einst kurz vor einem Staatsempfang gerufen: „Heini, hol die Orden runter, sie liegen auf dem Küchenschrank.“

Über den Ernst der Lage aber vermochten derlei Scherze nicht einmal mehr optimistische Christdemokraten hinwegzutreiben. Nach außen zwar beteuerte die CDU über alle Sprachrohre, sie stehe einig und geschlossen hinter ihrem Heinrich Lübke.

Doch allzusehr erinnerte die Szenerie — wie die „Süddeutsche Zeitung“ registrierte — an die letzten Kanzlerstage Ludwig Erhards, als Fraktionschef Barzel ausrief: „Erhard ist und bleibt unser Bundeskanzler.“

Nur: Einen Kanzler kann man in Bonn loswerden, einen Präsidenten nicht so leicht.

Heinrich Lübkes Amtszeit endet offiziell am 12. September 1969, 24 Uhr. Nur grundgesetzwidriger Amtsmissbrauch oder freiwilliger Rücktritt können an diesem Termin etwas ändern.

Das aber müßte geschehen, wenn die Präsidentenwahl — den geheimen Wünschen der CDU gemäß — rechtzeitig vor Beginn des Bundestagswahlkampfes im Sommer nächsten Jahres vorüber sein soll. Denn wenn beide Wahlen dicht aufeinander folgen, droht der Handel um die Präsidentschaftskandidaten die Koalitionsbildung für die nächste Bundesregierung zu präjudizieren.

SPD und FDP könnten nach der Sitzverteilung in der Bundesversammlung für die nächste Präsidentschaft mühelos einen Mini-Kandidaten durchbringen, zumal alle denkbaren CDU-Anwärter sich nach dem Lübke-Verschleiß schon im voraus entmutigt fühlen müssen. Gegen jeden von ihnen gibt es in der eigenen Partei Einwände:

- ▷ Eugen Gerstenmaier hat nach seinen Grundstücksaffären viel vom alten Nimbus verloren.
- ▷ Kai-Uwe von Hassel hat als Verteidigungsminister versagt und war schon 1959 von Konrad Adenauer als Präsidentschaftskandidat verworfen worden.
- ▷ Gerhard Schröder gilt nach dem Herzanfall des letzten Jahres für die Belastungen des Präsidentenamtes als zu schwach.
- ▷ Walter Hallstein ist unverheiratet (was zu Repräsentationsschwierigkeiten führen würde) und findet weder bei SPD noch bei FDP Wahlunterstützung.

Für die Sozialdemokraten hingegen steigen — Nebeneffekt des Lübke-Verschleißes — die Chancen, diesmal einem der Ihren in die Villa Hammer Schmidt zu verhelfen. Die derzeit aussichtsreichsten Anwärter — Bundesjustizminister Gustav Heinemann,

“Unfasten your seat-belts. This is Ireland”

(Das Irland Ihres Urlaubs.)



Urlaub weit weg vom Getriebe des Massentourismus. Aber doch weniger als drei Stunden entfernt. Mit den schnellen One-Eleven Jets von Aer Lingus, der irischen Luftverkehrsgesellschaft*. Und voll unvergeßlicher Erlebnisse. Den irischen Landschaften zum Beispiel. Immer grün, verdankt ihnen Irland seinen Beinamen „Die Grüne Insel“. Oder dem irischen Klima. So ausgeglichen, daß im Dezember noch Rosen und Fuchsien blühen — ideal für viele Urlaubsfreuden. Den irischen Straßen. Auf ihnen macht Autofahren wieder Spaß. Irischen Pferden und Ponies. Irischem Tweed. Über 200 Golfplätzen. Irischen Lachsen und Forellen. Irischen Liedern und irischem Theater. Und vielen anderen irischen Erlebnissen. Ein Bild sagt oft mehr als tausend Worte. Unsere farbige Irlandkarte zum Beispiel. Wir schicken sie Ihnen gern 65 x 100 cm groß mit allem darauf, was Sie in Ihrem Urlaub in Irland tun können. Jetzt übrigens noch preiswerter, denn auch Irland hat sein Pfund abgewertet. Schicken Sie uns den Coupon aus dieser Anzeige und fragen Sie Ihr Reisebüro wegen besonders preisgünstiger Flugpauschalreisen nach Irland.

* 23mal wöchentlich ab Düsseldorf, Frankfurt und München sowie Amsterdam, Brüssel und Zürich.

Coupon

Ich interessiere mich für Urlaub „made in Ireland“. Bitte schicken Sie mir Ihre farbige Irlandkarte.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

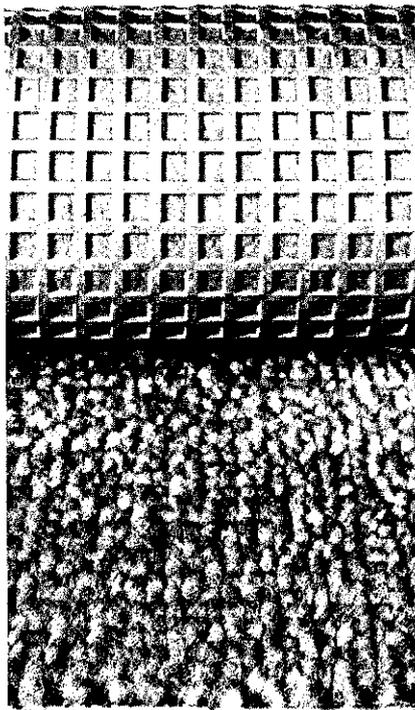
Straße und Hausnummer: _____

SP 1



6000 Frankfurt. Münchener Straße 8

Hat Ihr Teppich einen PVC-Schaum Rücken?



Hat er nicht? Pech für Sie!

Der Teppich mit PVC-Schaum-Rücken ist rutschfest und beult nicht aus. Er wird nicht verklebt und nicht verspannt. Millionen kleiner Luftbläschen im PVC-Schaum isolieren die Wärme, dämmen den Schall, und machen den Teppich behaglich weich und elastisch. (Wichtig: ein elastischer Teppich nutzt sich weniger ab.)

Wir nennen Ihnen gern führende europäische Teppichhersteller, die dieses moderne Verfahren anwenden.

*Schreiben Sie bitte an
DS-Chemie, Abteilung Information,
28 Bremen, Postfach 188,
oder rufen Sie an: (0421) 387071.*

DS



SPD-Kandidat **Heinemann**
Rettet der Lübke-Nachfolger ...

Bundesverkehrsminister Georg Leber und der hessische Ministerpräsident Georg-August Zinn — dürfen, auch in der Wahlkampf-Zeit, mit einer SPD/FDP-Mehrheit in der Bundesversammlung rechnen.

SPD-Chef Willy Brandt gab am Dienstag letzter Woche zu verstehen, er rechne damit, daß am Ende sogar seine christdemokratischen Koalitionspartner für einen SPD-Kandidaten stimmen. Und CDU-Kanzler Kiesinger kalkulierte in den Qualen der Lübke-Krise vorige Woche diese Möglichkeit gleichfalls ein: Auf solche Art ließe sich die Große Koalition festigen und womöglich über die Bundestagswahl hinaus am Leben erhalten.

Kiesinger-Duzfreund Franz-Josef Strauß hat nichts dagegen: „Wir müssen mit der SPD Kontakt halten, um eventuell einen gemeinsamen Kandidaten zu finden — egal von welcher Partei.“



CDU-Kandidat **Gerstenmaier**
... die Große Koalition?

EWG

Unter Pfauen

Der Botschafter Ihrer britischen Majestät bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bot seine guten Dienste an. Sir James Majoribanks meldete sich am Donnerstagnachmittag letzter Woche telephonisch bei der deutschen EWG-Vertretung in Brüssel: Wenn über England gesprochen werde, stehe er mit Auskünften jederzeit zur Verfügung.

Doch der hilfswillige Brite blieb ungerufen. Zwar diskutierten EWG-Europas sechs Außenminister bis kurz vor Mitternacht einmal mehr über einen Eintritt des Inselstaates in den Gemeinsamen Markt, doch englischer Rat war dabei nicht gefragt.

Auf dem Konferenztisch in der „Salle d'Europe“ des Brüsseler Palais des Congrès lagen drei verschiedene Europapläne, als sich die Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Italiens und Luxemburgs erstmals seit Frankreichs Dezember-Veto gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien wieder gegenüber saßen:

- ▷ ein Benelux-Memorandum, das eine enge Zusammenarbeit zwischen England und den EWG-Staaten auf Gebieten vorsieht, die nicht durch die Römischen Verträge reglementiert werden — zum Beispiel auf technologischem Gebiet;
- ▷ eine deutsch-französische Erklärung vom 16. Februar in Paris, die handelspolitische „Arrangements“ mit England und anderen EWG-Kandidaten vorschlägt (SPIEGEL 8/1968);
- ▷ ein italienischer Plan, eine Außenministerkonferenz der EWG-Länder sowie sämtlicher beitragswilliger Staaten einzuberufen.

Erst eineinhalb Stunden vor Beginn der Konferenz, bei einem Frühstück im *Chambre séparée* Nr. 218 des Hotels „Amigo“, hatte Willy Brandt seinen französischen Kollegen Couve de Murville außerdem noch über eine Weiterentwicklung der Pariser Deklamation durch das Bonner AA informiert: EWG-Mitglieder und EWG-Beitragswillige sollten eine Freihandelszone oder eine Zollunion bilden.

Doch Couve de Murville war nicht angetan. Bei Hummersuppe und Seesuppe lehnte de Gaulles Außenminister den Plan einer Freihandelszone ab. Zum Trost hieß er allerdings jene deutschen Programmpunkte gut, die auf einen Zollabbau zwischen der EWG und den Beitrittskandidaten — in mehreren Phasen — abzielen. Couve: „Diese Vorschläge sind im Geiste unserer Konsultationen.“

Doch nicht nur die Franzosen lehnten den Brandt-Plan ab. Noch andere EWG-Staaten waren dagegen. Ihr Widerstand kam für die Deutschen unerwartet.

Nach einem Erkundungsbesuch des AA-Staatssekretärs Duckwitz vorletzte Woche in London — die Engländer werfen den Deutschen vor, sich als „Werkzeug de Gaulles“ mißbrauchen zu lassen — hatte Bonn allenfalls mit dem Einspruch des treuesten England-